

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-49 ppbn d



Inhalt

Egon Lutz MdB, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, betrachtet die jüngsten Arbeitsmarktdaten optimistisch aber nicht euphorisch.

Seite 1/2

Karl Liedtke MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, wirft der CDU/CSU-Opposition Ignoranz der Probleme der jungen Generation vor. Seite 3/4

Bundesfinanzminister Hans Matthöfer nennt die steuer- und finanzpolitischen Vorschläge der Opposition sozial unausgewogen und leichtsinnig. Seite 5/6

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA), fordert die Arbeitnehmer zur selbstbewussten Verteidigung ihrer Interessen auf. Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 191

4. Oktober 1978

Der beste September seit zehn Jahren

Bemerkungen zu den jüngsten Arbeitsmarktdaten

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes der SPD-Bundestagsfraktion

Der Arbeitsmarkt kommt in Bewegung. Nicht gerade atemberaubend, aber doch immerhin spürbar. Nimmt man die Septemberzahlen, die heute von der Bundesanstalt für Arbeit der Öffentlichkeit kundgetan wurden, dann läßt sich dies an fast jeder Position belegen.

Die absolute Zahl der Stellungssuchenden sank erstmals wieder unter die 900.000 Grenze. Sie liegt jetzt bei 864.000, was einer Abnahme gegenüber dem Vormonat um knapp 60.000 entspricht. Das ist ein Rückgang, wie er in dieser Höhe von den Statistikern der Bundesanstalt seit nunmehr zehn Jahren nicht mehr beobachtet werden konnte. Die Arbeitslosenquote liegt jetzt bei 3,8 Prozent. Insgesamt nährt sich die Hoffnung, daß es tatsächlich gelingen könnte, die Gesamtzahl der Beschäftigungslosen jahresdurchschnittlich unter die Milliongrenze zu drücken.

Der herbstliche Aufwind hat sich wieder einmal besonders kräftig bei den arbeitslosen Männern ausgewirkt. Dort sank die Zahl der Stellungssuchenden auf 386.000 (35.000 weniger als noch im August). 2,7 Prozent aller erwerbstätigen Männer sind derzeit arbeitslos. Die Frauen haben weniger verspürt. Hier ist die Gesamtzahl der Erwerbslosen um 20.000 auf nunmehr rund 300.000 gesunken. Die Arbeitslosenquote aber liegt bei 5,5 Prozent. Eine noch geringere Bewegung ergab sich auf dem Teilzeitarbeitsmarkt für Frauen. 175.000 suchen eine Teilzeitbeschäftigung und konnten sie noch nicht finden. Der Teilzeitarbeitsmarkt bleibt nach wie vor nahezu trostlos.

Begünstigte der Herbstsaison sind wieder einmal die Jugendlichen. 84.700 Stellungssuchende weist die Statistik aus, das

sind 13.600 weniger als im September 1977 und 5.500 weniger als noch vor einem Monat. Die Arbeitslosenquote liegt bei 4,1 Prozent, also etwas über der Gesamtarbeitslosigkeit, was auch auf diesem Teilarbeitsmarkt auf die Arbeitslosigkeit junger Mädchen und nichtqualifizierter junger Männer zurückzuführen ist.

Es hat heute einen Sitzstreik junger Arbeitsloser vor der Bundesanstalt gegeben. In der Tat, die Situation ist bedrückend. Trotzdem muß immer wieder warnend darauf hingewiesen werden, daß die noch viel bittereren Erfahrungen von älteren Arbeitslosen gemacht werden. Den Angestellten über fünfzig, den Facharbeitern über fünf und fünfzig. Hier ist noch keinerlei Bewegung auf einem Arbeitsmarkt festzustellen, der auch im Auftrieb nur die Leistungsstärksten, die Gesündesten und die Jüngsten annimmt und die Schwächeren verkümmern läßt. "Leistung zählt" - auf dem Arbeitsmarkt ist dies eine zutiefst inhumane Parole.

Weniger lichtvoll ist die Bilanz der offenen Stellen. 251.500 standen im September dem Arbeitsamt zur Verfügung, das sind leider 17.800 weniger als vor einem Monat. Sehr viel Spielraum für eine Vermittlungsoffensive steht also nicht zur Verfügung. Trotzdem: Bei einem Zugang von neuen Arbeitslosen in Höhe von 236.000 und einem Rückgang der Vermittlungstätigkeit auf 187.000 Fälle werden die Arbeitsämter gut daran tun, alle Kräfte anzuspannen, um von der karteimäßigen Erfassung der Arbeitslosen weg und zur Beratung, Betreuung und Vermittlung hinzukommen.

Bleibt noch ein Blick auf die berufsspezifischen Teilarbeitsmärkte: Die allgemein günstigen Werte spiegeln sich auch dort wider. Spitzenrenner ist erneut das Baugewerbe, das gegenüber August einen Rückgang der Arbeitslosigkeit von 7,7 Prozent verzeichnen kann. Etwas schleppender die Tendenz bei den metallverarbeitenden Berufen. Hier nahm die Arbeitslosigkeit um 6,3 Prozent ab. Eine Abnahme, wenn auch in merkbar geringerem Umfang, verzeichnete die Textilindustrie. 3,8 Prozent weniger Arbeitslose wurden in dieser Branche gezählt. Mit Befriedigung schließlich verzeichnen die Statistiker die Tatsache, daß bei den Büro- und Verwaltungsberufen und den Warenkaufleuten die Entwicklung wieder in Fluß gekommen ist. Stolz 7,1 Prozent weniger Arbeitslose wurden im Dienstleistungssektor registriert.

Die Auftriebskräfte des September, so erfreulich sie sind, darf man allerdings nicht überinterpretieren. Auf einen freundlichen Herbst folgt unausweichlich ein Winter. Vermutlich wird es ein milderer sein, als noch vor einem Jahr. Aber er wird nach wie vor mit hohen Arbeitslosenzahlen alle Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft mahnen, das drängendste Problem unserer Gesellschaft, die Tatsache enthaltender Unterbeschäftigung nämlich zu lösen.

(-/4.10.1978/va-he/hgs)

Appell zum gemeinsamen Handeln bleibt

CDU/CSU mißbrauchen Probleme der jungen Generation

Von Karl Liedtke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD ist in unserem Lande die Partei mit der ältesten freiheitlich demokratischen Tradition. Sie hat unter unsäglichen Opfern gegen das Naziregime und die kommunistische Diktatur gekämpft und unser heutiges Gemeinwesen maßgeblich mitgestaltet.

Wer - wie CDU und CSU - den Sozialdemokraten Kommunistenfreundlichkeit oder gar das Zusammenspiel mit Kommunisten unterstellt, betreibt aus wahltaktischen Gründen eine Verleumdungskampagne und verläßt damit die demokratische Basis der politischen Auseinandersetzung. CDU und CSU ignorieren bewußt oder unbewußt die Gefahr, die unserem Gemeinwesen ebenso wie der Weimarer Republik aus einer feindlichen Konfrontation der Parteien erwachsen kann. Leider muß festgestellt werden: Sozialdemokraten und Freie Demokraten sind heute die alleinigen demokratisch-besonnenen Parteien dieses Landes.

Für Sozialdemokraten steht unverrückbar fest, daß Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst fehl am Platz sind. Denn Stetigkeit der Aufgabenerfüllung, unbestechliche Objektivität, Rechtsstaatlichkeit und Zuverlässigkeit der Verwaltungen auf dem Boden unserer Verfassung müssen gewährleistet bleiben. Diese Grundsätze hat der Hamburger SPD-Parteitag nochmals in einem Beschluß bestätigt.

Für Sozialdemokraten steht andererseits ebenso fest, daß die Beamtengesetze bei der Überprüfung von Bewerbern im öffentlichen Dienst nicht im Widerspruch zu unserer Verfassung angewendet werden dürfen. Dabei muß die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts voll beachtet werden.

CDU und CSU mißachten diese Rechtsprechung, wenn in den von ihnen regierten Bundesländern Gesinnungsprüfungen bei Bewerbern im öffentlichen Dienst durchgeführt und sogar Sozialdemokraten abgelehnt werden. Sie mißachten diese Rechtsprechung, wenn sie DKP-Mitglieder oder Mitglieder anderer verfassungsfeindlicher Organisationen ohne Einzelfallprüfung vom öffentlichen Dienst ausschließen. Sie mißachten diese

Rechtsprechung schließlich, wenn mit einem unverhältnismäßigen Überprüfungsverfahren politischer Druck ausgeübt werden soll.

Durch die heutige Überprüfungspraxis bei Bewerbern im öffentlichen Dienst, vor allem in CDU/CSU-regierten Ländern, sind unübersehbare Probleme in der jungen Generation entstanden. Diese Praxis trägt bei vielen zu einer Verunsicherung gegenüber unserem Staat bei. Sicher liegt hier nicht die alleinige Ursache für eine solche Verunsicherung. Hinzu kommen z.B. bei vielen die Sorgen um die eigene berufliche Zukunft oder gesamtgesellschaftliche Entwicklungen.

Die Sozialdemokraten dürfen sich ihrer Verpflichtung gegenüber dieser jungen Generation mit ihren besonderen Problemen nicht entziehen. Sie würden ihre eigene freiheitlich-demokratische Tradition verleugnen, wenn sie nicht auf eine Verbesserung der heutigen Überprüfungspraxis bei Bewerbern im öffentlichen Dienst hinarbeiten würden.

Wir sehen es als beschämend an, wie CDU und CSU die Probleme der jungen Generation zu Wahlkampfzwecken ignorieren. Wir sind jedoch überzeugt, daß unsere Mitbürger dieses unwürdige Spiel durchschauen. Wir bedauern gleichzeitig, daß der Hessianer-Wahlkampf von den CDU/CSU-Parteiführungen dazu ausgenutzt werden soll, die Stimmen der Vernunft in CDU/CSU, die für eine sachliche Diskussion offen sind, mundtot zu machen und innerparteilich auf den radikalen CSU-Kurs zu bringen.

Die Vorschläge führender Sozialdemokraten wie Hans Koschnick und Ulrich Klose zur Verbesserung der heutigen Überprüfungspraxis im öffentlichen Dienst können sich sehen lassen. Sie weichen keinen Zentimeter von Gesetz und Verfassung ab. Auf welche Lösungen sich Sozialdemokraten und auch Freie Demokraten letztlich verständigen werden, steht heute noch nicht fest. Hans Koschnick wird voraussichtlich noch in diesem Jahr nach dem Zwischenbericht vom Juni 1978 einen Schlußbericht zur Überprüfungspraxis vorlegen. Erst danach wird sich die SPD-Bundestagsfraktion mit diesen Fragen befassen.

Wenngleich wir nach den Diskussionen der vergangenen Jahre kaum Hoffnung haben, das Extremistenthema in der politischen Auseinandersetzung versachlichen zu können, bleibt unser Appell an CDU und CSU zu gemeinsamen Handeln bestehen. (-/4.10.1978/Ks/hgs)

+ + +

Soziale Unausgewogenheit und finanzpolitischer Leichtsin

Die Kennzeichen der steuer- und finanzpolitischen Oppositionsbeschlüsse

Von Hans Matthöfer MdB
Bundesminister der Finanzen

Die Beschlüsse der CDU/CSU-Fraktion vom 26. September 1978 entsprechen einem scheinbar altbewährten Muster, das die Opposition allerdings immer unglaubwürdiger macht: Forderungen aufzustellen, ohne finanzielle Deckungsvorschläge zu machen. Durch die jetzigen Beschlüsse - würden sie jemals verwirklicht - kämen auf die öffentlichen Haushalte zusätzliche Belastungen von rund sechs Milliarden DM zu, ohne daß entsprechende Kürzungsvorschläge gemacht werden.

Diese Beschlüsse sind finanzpolitisch unseriös, aber auch wirtschaftspolitisch bedenklich gegen die kommunale Finanzautonomie gerichtet und sozial unausgewogen:

- Auf die differenzierten Probleme unserer Wirtschaft zielende Maßnahmen würden der vorgeschlagenen zusätzlichen Steuerentlastungen nach dem Gießkannenprinzip zum Opfer fallen.
- Die Beseitigung der Gewerbesteuer würde das Hebesatzrecht der Gemeinden aushöhlen und die kommunale Finanzautonomie in einem Kernbereich beseitigen. Der von der CDU/CSU-Fraktion vorgelegte Vorschlag zum Ausgleich der Lohnsummensteuerausfälle bei den betroffenen 800 Gemeinden ist unehrlich. Die Opposition fordert einen vollen Ausgleich der gesamten Lohnsummensteuerausfälle durch Bund und Länder und will bei den betroffenen Gemeinden auf eine Eigenkompensation über die Anhebung der Hebesätze bei der Gewerbeertragsteuer verzichten. Diesen Vollaussgleich will die Opposition über eine Senkung der Gewerbesteuerumlage und eine Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Einkommensteuer im Umfang von zusammen drei bis vier Milliarden DM erreichen. Diese Rechnung ist ein billiger Taschenspielertrick. Denn um einen Vollaussgleich bei den vom Lohnsummensteuerausfall betroffenen Gemeinden zu erreichen, müßte bei der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage ein Finanzvolumen von 13 bis 15 Milliarden DM zugunsten aller Gemeinden umgeschichtet werden.
- Es wird interessant sein zu beobachten, wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Frage der Umsatzsteuerneuverteilung zu ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung steht. Die

Forderung der Mehrheit des Bundesrates nach einer Vergrößerung des Länderanteils an der Umsatzsteuer bis zu fünf Milliarden DM zielt nämlich darauf ab, dem Bund die finanzielle Grundlage seines politischen Bewegungsspielraumes zu nehmen.

- Die vorgeschlagenen Steuerermäßigungen würden die breiten Arbeitnehmerschichten benachteiligen.
- Steuerliche Kinderfreibeträge gingen zu Lasten der geringer Verdienenden. Wer keine Steuern zahlt, ginge gänzlich leer aus.
- Es ist nicht einzusehen, wie sich ein Familiengeld in Form einer einmaligen Prämie positiv auf die Erziehungsbedingungen der Kinder auswirken soll. Es würde auch einen unübersehbaren Verwaltungsaufwand erfordern, zu kontrollieren, ob die Begünstigten auf die Ausübung einer nennenswerten Erwerbstätigkeit tatsächlich verzichten.

Dagegenüber wird die von der Bundesregierung beabsichtigte Einführung eines Netto-lohnersatzes bis zu 750 DM im Monat für die Dauer von vier Monaten im Anschluß an die bisherigen Mutterschaftsfristen den familienpolitischen Zielen besser gerecht. Den abhängig beschäftigten Müttern wird es durch den Urlaub ermöglicht, sich dem Kind in seinen ersten Lebensmonaten voll zu widmen, ohne daß aber die Mütter, die berufstätig bleiben wollen, ihren Arbeitsplatz aufgeben müssen.

Zum Vorschlag der Verbesserung des Wohngeldes erinnere ich daran, daß gerade erst mit der jüngsten Novelle zum Wohngeldgesetz ab 1. Januar 1978 erhebliche Leistungsverbesserungen erfolgt sind. Diese Leistungsverbesserungen sind insbesondere an dem Ziel orientiert, den kinderreichen Familien eine ausreichende Unterstützung zu gewähren. Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung hält sich an den Grundsatz, daß die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten ist - ein Prinzip, über das sich die Opposition immer wieder leichtfertig hinwegsetzt. (-/4.10.1978/ks/hgs)

Gegen die konzertierte Reaktion - für aktive Arbeitnehmerpolitik

Arbeitnehmer lassen keinen Schlußstrich unter den sozialen Fortschritt zu

Von Helmut Rohde MdB

Bundsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Arbeitnehmerpolitik - das heißt zunächst, jene Zangenbewegung zu erkennen, die von den Konservativen in Staat und Gesellschaft gegen die Interessen der Arbeitnehmer eingeleitet worden ist. Die Mitbestimmungsklage der Arbeitgeber vor dem Bundesverfassungsgericht, die Aussperrungen im Frühjahr 1978, die Attacken auf angeblich "ausbildungsplatz- und arbeitsplatzhemmende Vorschriften", wobei in Wahrheit ein Abbau von Standards der Berufsausbildung und des Arbeitsschutzes gemeint ist, sowie die Diskussion über ein "Verbändegesetz" stehen nicht beziehungslos nebeneinander. Sie sind Ausdruck einer restaurativen Gegenoffensive, die gegen die Politik der Reformen und der sozialen Fortschritte gerichtet ist. Die CDU/CSU leistet hierbei politischen Flankenschutz - mit den immer mehr ausufernden Attacken auf sozialdemokratische Regierungsführung in Bonn sowie mit ihrer Blockadepolitik im Bundesrat. Das alles wird begleitet von sogenannten Experten in Gutachtergremien auf Kongressen und Tagungen.

Hier heißt es, auf der Hut zu sein und im Bereich der Arbeitswelt und der Politik zugleich Arbeitnehmerrechte zu sichern. Keines dieser beiden Ziele darf vernachlässigt werden.

Folgt man den betrieblichen Erfahrungen und der Arbeitnehmerdiskussion, dann stehen heute die sozialen Konsequenzen all dessen im Vordergrund, was unter dem Schlagwort "Technischer und struktureller Wandel" zusammengefaßt wird. Wie sich angesichts von Rationalisierung, neuen Technologien und neuen Produktionsverfahren in den Betrieben und Verwaltungen die Arbeitsbedingungen entwickeln und Arbeitsplätze gesichert werden, ist zur grundlegenden sozialen Frage der Arbeitnehmer in dieser Zeit geworden. Sie kann und darf nicht ausgespart werden.

Wenn die Arbeitgeber sich gegen Heinz Oskar Vettlers Forderung nach offener und frühzeitiger Information über wirtschaftliche und betriebliche Strukturveränderungen wenden, wenn sie Mitbestimmungsrechte abbauen und durch Aussperrungsdrohungen die Tarifautonomie in soziale Konflikte hineinsteuern wollen, dann hat das weitgehendere Folgen als manchem bewußt ist.

Wir sind keine Maschinenstürmer. Wir wissen, daß zur wirtschaftlichen Selbstbehauptung des Exportlandes Bundesrepublik eine in die Zukunft weisende Technik gehört. Der tech-

nische Fortschritt muß aber sozial beherrschbar werden. Die Arbeitnehmer werden es nicht hinnehmen, wenn Rationalisierung und neue Technologien nur am Unternehmensgewinn orientiert werden, Leistungsdruck und Dequalifikation von Facharbeit sich ausbreiten und mit rechtzeitiger Information über die Auswirkungen neuer Arbeitsverfahren zurückgehalten wird. Humanisierung der Arbeit lassen wir nicht als "soziale Sentimentalität" diffamieren. Sie ist Ausdruck der von der Verfassung gewollten Sozialstaatlichkeit. In diesen Zusammenhang gehört auch die Verkürzung der Arbeitszeit, die weder ausgespart noch von der gesellschaftspolitischen Tagesordnung herunterdiskutiert werden kann.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD hat auf ihrem letzten Bundeskongreß die Frage der Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund gerückt. In gleicher Weise ist sie auf den Gewerkschaftskongressen ein beherrschendes Thema. Wir haben unseren Einfluß geltend gemacht, daß in der praktischen Politik, z.B. durch Ausdehnung des Mutterschaftsurlaubs, Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte und andere Maßnahmen, wie Ausbau der Arbeitsvermittlung und bessere berufsvorbereitende Leistungen sozial- und arbeitsmarktpolitische Konsequenzen gezogen werden. Wir engagieren uns gleichzeitig für ein neues Arbeitszeitgesetz, das von der 40-Stunden-Woche ausgeht und einschränkendere Bestimmungen für Überstundenausnahmen enthält.

Die Gewerkschaften sind auf dem Felde der Tarifpolitik dabei, Arbeitsbedingungen im Sinne von mehr Menschlichkeit im Betrieb zu verbessern. Die Metallarbeiter in Nordwürttemberg und die Drucker und Setzer sowie in jüngster Zeit die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten haben dafür Signale gesetzt. Auch in den Tarifbewegungen der übrigen Gewerkschaften werden Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen eine bedeutsame Rolle spielen.

Technischen Wandel nicht zur unberechenbaren und sozial unkalkulierbaren Größe werden zu lassen, Zukunft zu gestalten und nicht von ihr überrollt zu werden, das ist unsere Sache. Unsere, d.h. die Sache der Arbeitnehmer.

Die konzertierte Reaktion des konservativen Lagers hat sich weit mehr vorgenommen, als den Schlußstrich unter den sozialen Fortschritt zu ziehen. Sie will die Revision des schon Erreichten. Diese Politik fordert die Solidarität der Arbeitnehmer heraus. Gegen die Zangenbewegung von rechts die Arbeitnehmerinteressen ins Feld zu führen - darauf kommt es an.

An der Schwelle der 80er Jahre stehen wir vor einer doppelten Aufgabe: selbstbewußt zu verteidigen, was wir erreicht haben und auf der anderen Seite gleichzeitig die führende Kraft in dem Prozeß des sozialen Wandels zu sein. Wir werden es nicht zulassen, daß die Konservativen die Zukunft der Arbeitsplätze, der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsverhältnisse insgesamt zu einem "Buch mit sieben Siegeln" machen wollen. Arbeit ist nicht nur ein abgeleiteter Faktor der Wirtschaft und der Technik. Sie ist grundlegend für die Entfaltung und Selbstbehauptung des Menschen. (-/4.10.1978/bgy/hqs)